



Bundesamt für Gesundheit
Direktionsbereich Kranken- und
Unfallversicherung
Abteilung
Versicherungsaufsicht
3003 Bern

Bern, 3. Juni 2013

**Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» und indirekter
Gegenvorschlag (Änderung des Bundesgesetzes über die
Krankenversicherung; KVG); Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung; KVG) haben Sie die Grüne Partei zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage äussern zu können.

Die Grüne Partei unterstützt die Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ und nimmt die ablehnende Empfehlung des Bundesrats mit Bedauern zur Kenntnis.

Der Gegenentwurf des Bundesrates zur Initiative für eine öffentliche Krankenkasse trägt zu einer besseren Kostensteuerung bei. Deshalb unterstützen die Grünen die vorgesehenen Änderungen des KVG. Die Grünen begrüssen insbesondere die Verfeinerung des Risikoausgleichs, welche der Gefahr einer Entsolidarisierung zwischen den Krankenversicherern entgegenwirkt und den Anreiz zur Risikoselektion vermindert. Ausserdem unterstützen die Grünen ausdrücklich die verbesserten Aufsichtsmöglichkeiten und die grössere Transparenz, welche durch die Trennung von Grund- und Zusatzversicherung erreicht werden sollen.

Die Grüne Partei lehnt die Vorstösse der bürgerlichen Parteien ab, die Initiative sofort und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung bringen zu wollen. Damit verhindern diese Parteien wichtige Reformen und Verbesserungen für die Versicherten, wie sie der Gegenvorschlag des Bundesrates in Ansätzen vorsieht, ohne selber konstruktive Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

M. Behrens

Miriam Behrens
Generalsekretärin